

Medienmitteilung

Thema	Volksinitiative 1:12
Für Rückfragen	Thomas Maier, Nationalrat, Tel +41 78 652 06 50
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	27. September 2012

Grünliberale lehnen die 1:12-Initiative der Jungsozialisten ab

Die Grünliberale Fraktion hat sich im Nationalrat gegen die 1:12-Initiative der Jungsozialisten ausgesprochen. Auch die Grünliberalen stellen sich klar gegen Lohnexzesse, wie sie in den letzten Jahren vermehrt vorkamen. Die 1:12-Initiative der Jungsozialisten ist aber weder ein liberales noch ein geeignetes Instrument um diese Lohnexzesse zu verhindern. Statt starre und schädliche Lohngrenzen einzuführen, stärken wir besser die Aktionärsrechte in Bezug auf das Vergütungsreglement und stellen sicher, dass bei den Einkommenssteuern die gerechte Progression erhalten bleibt. Damit gleichen wir als Staat über einen geeigneten Mechanismus bei den Steuern ein Stück weit diejenigen Unterschiede wieder aus, die die Wirtschaft schafft.

Die Grünliberalen anerkennen, dass es in den letzten Jahren vermehrt zu Lohnexzessen gekommen ist, welche auch aus liberaler Sicht nicht vertretbar sind und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt der Schweiz schaden. „Früher gehörte es zur Grösse einer Unternehmerin oder eines Topmanagers, dass die Lohnschere im Unternehmen im Sinne der sozialen Nachhaltigkeit in einem vertretbaren Ausmass blieb. Heute ist dies leider nicht mehr immer der Fall.“, fasst Nationalrat Thomas Maier diese Entwicklung zusammen.

Eine starre Begrenzung des höchsten Lohnes im Verhältnis zum tiefsten Lohn, wie es die Initiative der Jungsozialisten will, ist aber weder liberal noch zielführend. Hier ist zu betonen, dass von der Regelung nicht nur Manager, sondern auch Fachexperten betroffen wären. Auch bleibt die Frage, was ein gerechter Lohn für eine bestimmte Arbeit ist, offen. Die Initiative streut damit den Arbeitnehmenden Sand in die Augen. Die Grünliberalen lehnen solche starren Eingriffe auch bei Sportvereinen ab, welche gemäss Auskunft der Initianten von der Regelung ebenfalls betroffen sein sollen. Zudem bestehen diverse einfache Umgehungsmöglichkeiten wie das Aufspalten von Unternehmen oder das Auslagern von Mitarbeitern. Statt mit der Volksinitiative der Jungsozialisten direkt in die wirtschaftliche Freiheit einzugreifen, unterstützen die Grünliberalen eine Stärkung der Aktionärsrechte. Dadurch wird ein zielführendes Instrument geschaffen, damit sich Topverdiener nicht mehr rücksichtslos in einem Unternehmen bedienen können, welches ihnen gar nicht gehört.

Grünliberale stehen zum sozialen Ausgleich

Die Grünliberalen halten aber klar fest, dass in der Schweiz heute verschiedene Mechanismen bestehen, welche die zweifellos grossen Lohnunterschiede abfedern. Zu nennen sind die starke Steuerprogression, unsere Sozialwerke und diverse weitere Unterstützungsmassnahmen für tiefe Einkommen wie z.B. die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung. Damit gleichen wir als Staat über geeignete Mechanismen ein Stück weit diejenigen Unterschiede wieder aus, die die Wirtschaft schafft.